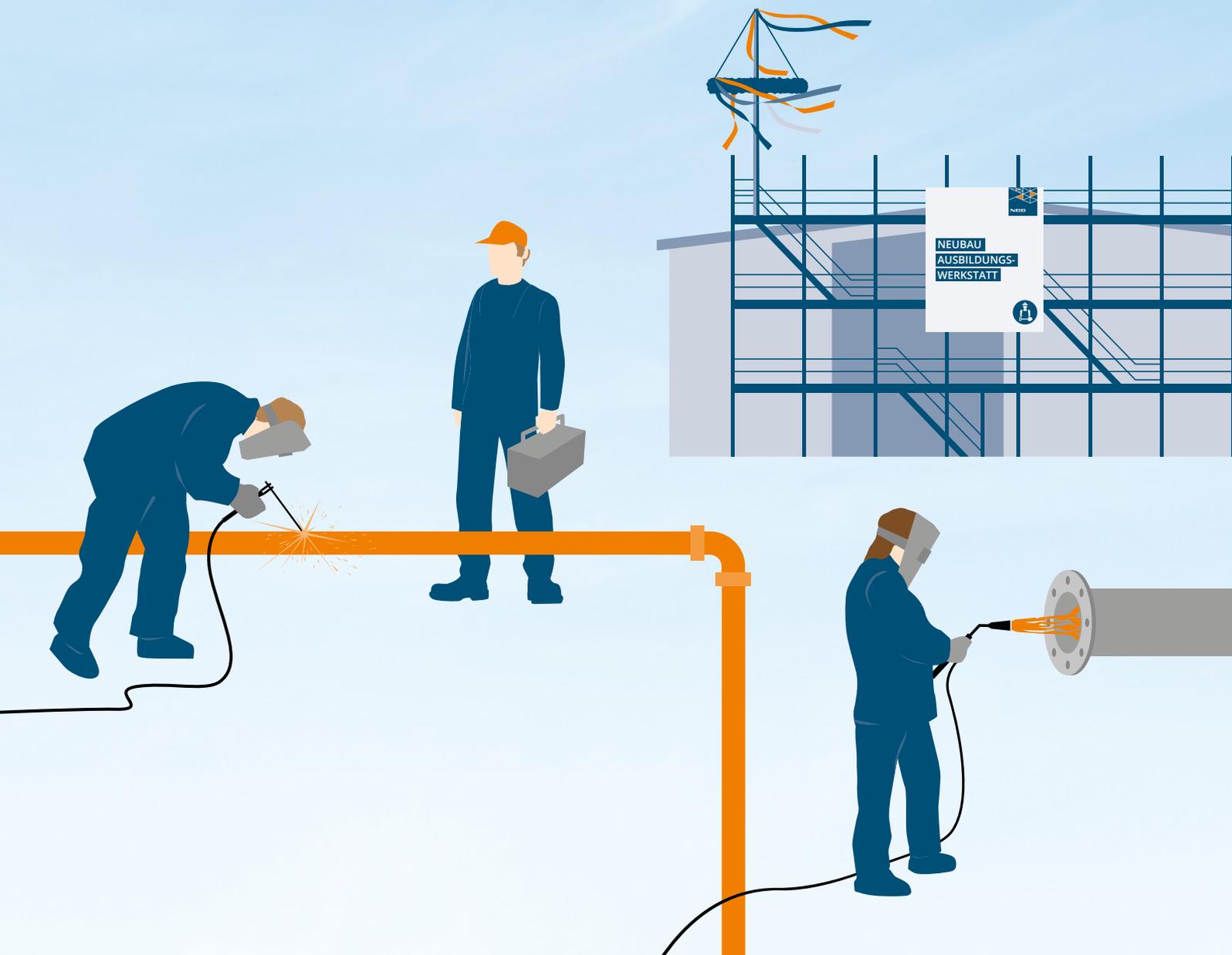




**NETZGESELLSCHAFT
BERLIN-BRANDENBURG**
Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe

GESCHÄFTSBERICHT 2023

**NBB Netzgesellschaft Berlin-
Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin**



GESCHÄFTSBERICHT 2023

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT	3
DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN, FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023	
JAHRESABSCHLUSS	19
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2023	
BILANZ	20
ZUM 31. DEZEMBER 2023	
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	21
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2023	
ANLAGENSPIEGEL	22
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2023	
ANHANG	23
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023	
TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE	39
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023	
BESTÄTIGUNGSVERMERK	45
IMPRESSUM	51

LAGEBERICHT 2023

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Inhaltsübersicht des Lageberichts

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS	4
GESCHÄFTSMODELL	4
2. WIRTSCHAFTSBERICHT	5
2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.2 ENERGIEPOLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.3 GESCHÄFTSVERLAUF	6
2.4 TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE	7
3. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE	8
3.1 ERTRAGSLAGE	8
3.2 FINANZLAGE	10
3.2.1 KAPITALSTRUKTUR	10
3.2.2 LIQUIDITÄT	11
3.2.3 NETTOFINANZPOSITION	12
3.3 VERMÖGENSLAGE	12
3.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE	13
4. CHANCENBERICHT	14
5. RISIKOBERICHT	14
6. PROGNOSEBERICHT	17

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

GESCHÄFTSMODELL

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, ist eine der größten örtlichen Gasverteilnetzbetreiberinnen bundesweit. Sie sorgt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für einen technisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb der Gasverteilung in Berlin und großen Teilen Brandenburgs bis nach Sachsen und Sachsen-Anhalt hinein. Zu den Kernaufgaben der NBB zählen die Durchführung des sicheren, störungsfreien und effizienten Netzbetriebs, die Instandhaltung und der Ausbau der Leitungsnetzinfrastruktur, die Sicherstellung und Abwicklung des Netzzugangs und der Netzdurchleitung sowie die Überwachung beziehungsweise Steuerung von Dienstleistern. Darüber hinaus sind auch die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter, die technische und kaufmännische Beratung, die Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Erbringung sonstiger technischer Dienstleistungen Gegenstand der Geschäftstätigkeit der NBB.

Die NBB verfügt über ein Festkapital von 13.093 Tsd. €, an dem, wie im Vorjahr, zum 31. Dezember 2023 die GASAG AG, Berlin (nachfolgend GASAG genannt), zu 92,36 % und die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, zu 7,64 % beteiligt sind.

Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich ist. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt.

Die Netzinfrastruktur in Berlin ist im Eigentum der NBB. Für das Netz der EMB Energie Brandenburg GmbH, Michendorf (nachfolgend EMB genannt), wurde das Nutzungsrecht durch Abschluss eines Pachtvertrages auf die NBB übertragen. Das Netz und der dazugehörige Netzpachtvertrag der ehemaligen SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus, ist mit HR-Eintragung vom 1. September 2023 durch Verschmelzung auf die EMB übergegangen. Darüber hinaus bestehen Pachtverträge für vier weitere Netzgebiete. Für alle Netze hat die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Für alle Zählpunkte in diesen Netzgebieten ist die NBB grundzuständige Messstellenbetreiberin.

Die NBB agiert dabei gemäß den Anforderungen des Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001, des Umweltmanagementsystems nach DIN EN ISO 14001, des Sicherheitsmanagementsystems Gasinfrastruktur nach DIN EN 17649 und des Energiemanagementsystems nach DIN EN ISO 50001. Die NBB verfügt außerdem über ein integriertes Technisches Sicherheitsmanagement (TSM) in der Sparte Gas nach DVGW-Arbeitsblatt G 1000 sowie in der Sparte Strom nach VDE-AR-N 4001 (S 1000) und in der Sparte Wasser nach DVGW-Arbeitsblatt W 1000.

Betreiber kritischer Infrastrukturen sind nach §11 Abs. 1a EnWG inklusive dem IT-Sicherheitskatalog dazu verpflichtet, ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) zu betreiben. Das ISMS der NBB ist gemäß DIN EN ISO 27001 zum Betrieb von kritischen Infrastrukturen Gas und Strom zertifiziert. Darüber hinaus wurde mit dem zweiten Gesetz zur „Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT – SiG 2.0)“ und den damit verbundenen erweiterten Regeln für kritische Infrastrukturunternehmen gemäß § 11 Abs. 1d ff. EnWG die Pflicht zur ergänzenden Einführung von Systemen zur Angriffserkennung innerhalb der IT-technischen Komponenten verabschiedet. Dementsprechend wurden im Geltungsbe- reich des ISMS die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen der NBB fristgerecht bis 1. Mai 2023 erweitert.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft war laut Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Jahr 2023 von einer Phase der Stagnation bei gleichzeitig hohen Inflationsraten geprägt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ging das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 um 0,3 % zurück. Ursächlich hierfür ist vor allem der Rückgang der inländischen Nachfrage aufgrund der massiven Kaufkraftverluste im Zuge der Energiepreiskrise. Die durchschnittliche Inflationsrate 2023 gibt das Statistische Bundesamt mit +5,9 % an. Zudem wirkten sich die deutlich geringere Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft und die geopolitischen Krisen dämpfend auf die deutsche Wirtschaft aus.

Laut Angaben der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) ging der Erdgasverbrauch in Deutschland im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % auf rund 810,4 TWh zurück. Gründe für den Rückgang sind das Einsparverhalten der Verbraucher und mildere Temperaturen.

2.2 ENERGIEPOLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der NBB wird von der BNetzA im Rahmen der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) eine Erlösobergrenze für Netzentgelte beschieden.

Im Berichtsjahr hat die BNetzA die anerkennungsfähigen Netzkosten für die **vierte Anreizregulierungsperiode** (2023 bis 2027) mitgeteilt. Für die finale Bemessung der Erlösobergrenzen der Jahre 2023 bis 2027 fehlen bislang noch der Effizienzwert für das Gasnetz der NBB und die Festlegung des generellen Produktivitätsfaktors für die vierte Regulierungsperiode.

Die BNetzA hat für die vierte Regulierungsperiode die **Eigenkapitalzinssätze** für Alt- und Neuanlagen wesentlich geringer festgelegt als in der vorhergehenden Regulierungsperiode. Im Jahr 2022 ist die NBB einer Prozesskostengemeinschaft gegen diese Festlegung beigetreten. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat am 30. August 2023 die Festlegung der BNetzA aufgehoben und zur Neufestlegung verpflichtet. Anfang Oktober 2023 legte die BNetzA gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof Beschwerde ein. Entsprechend sind die Eigenkapitalzinssätze weiter offen.

Auch im Berichtsjahr wurde weiter an der **Kooperationsvereinbarung Gas** (KoV) gearbeitet, wobei der Entwurf der KoV XIV im Wesentlichen Anpassungen für die Themen Bilanzkreis- / Kapazitätsmanagement, Krisenvorsorge, Lastprofile und interne Bestellung / Langfristprognosen beinhaltet.

Außerdem wurde im November 2023 die **EU-Methanemissions-Verordnung** (EU-ME-VO) beschlossen, welche formell im Jahr 2024 in Kraft treten soll. Die Vorgaben der EU-ME-VO zur Reduzierung von Methanemissionen legen den Schwerpunkt in der Suche und Priorisierung der Reparaturen großer Emittenten (sogenannte „Superemittenten“).

Darüber hinaus wurde Ende 2023 das **Trilogverfahren** der EU zwischen Kommission, Parlament und Rat zur **EU-Gas- und Wasserstoffbinnenmarkttrichtlinie** abgeschlossen, wonach Energieversorgungsunternehmen künftig neben Gasnetzen auch Wasserstoffnetze betreiben dürfen. Die etablierten Struk-

turen der Gaswirtschaft werden demnach auf Wasserstoff übertragen. Die im Trilogverfahren erzielten Kompromisse müssen noch vom EU-Parlament und dem EU-Rat bestätigt werden.

Parallel wurde Ende 2023 eine **Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes** beschlossen, das den rechtlichen und regulatorischen Rahmen für ein **Wasserstoff-Kernnetz** beinhaltet. Hierdurch sind die Voraussetzungen des zukünftigen Wasserstoff-Kernnetzes sowie das entsprechende Antrags- und Genehmigungsverfahren bei der BNetzA verbindlich festgelegt. Offen sind unter anderem noch Regelungen zur Finanzierung.

Außerdem wurde im Jahr 2023 das **Gesetz zur Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze** verabschiedet, welches Städte und Gemeinden verpflichtet, in den nächsten Jahren Wärmepläne zu erstellen, in denen die Umstellung auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung bis 2045 beschrieben ist. Dies soll eine flächendeckende Planungs- und Investitionssicherheit bieten. Zusammen mit einer **Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes** stellt dies einen wesentlichen Fixpunkt für die Energiewende in Deutschland dar.

2.3 GESCHÄFTSVERLAUF

Die **Gastransportmenge** der NBB ging im Geschäftsjahr 2023 um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr auf 41.116 GWh zurück, was im Wesentlichen auf die milde Witterung zurückzuführen ist.

Aufgrund des weiterhin angespannten Energiemarktes galt auch im Berichtsjahr die zweite von drei Stufen des Notfallplans Gas der Bundesrepublik Deutschland. Das Krisenmanagement der NBB war stets auf eine mögliche **Gasmangellage** vorbereitet. Außerdem war die NBB neben dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, mehreren Bundesländern, dem Marktgebietsverantwortlichen Trading Hub Europe GmbH sowie weiteren Netz- und Speicherbetreibern und Industriekunden Teil einer bundesweiten Stabsrahmenübung unter Leitung der BNetzA. Ziel der Übung war es, mit ausgewählten Partnern die Phasen eines Krisenereignisses zu durchlaufen, in dem ausschließlich die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler Reduzierungen beim Gasverbrauch anordnen muss.

Aufgrund der langfristigen Umstellung auf alternative Energiequellen ging der Auftragsbestand für das **Netzanschlussgeschäft** im Vergleich zum Vorjahr weiter zurück.

Hingegen stiegen die Anfragen für den **Anschluss von Biogaserzeugungsanlagen** massiv an, welches im Wesentlichen aus dem Auslaufen der EEG-Förderung und damit einem Rückgang der Wirtschaftlichkeit der Verstromung von Biomasse resultiert.

Weiterhin wurden zur grundlegenden Gewährleistung der Versorgungssicherheit erneut zahlreiche Instandhaltungs- und Erweiterungsmaßnahmen der Gasnetzinfrastuktur durchgeführt.

Außerdem bereitet die NBB die Umsetzung der Maßnahmen aus der **EU-Methanemissions-Verordnung** vor. Die schnellere Erkennung und die Reduzierung der Liegezeiten von Leckstellen mit messbaren Gasverlusten leistet dabei den größten Beitrag zur Methanemissionsreduzierung. Die Anforderungen stellen für die Netzbetreiber dabei eine Erweiterung zum technischen Regelwerk dar, welches den Fokus vorrangig auf Sicherheitsaspekte legt.

Zur **Transformation des Netzes** hat die NBB bereits in den Vorjahren die technischen Herausforderungen der **Wasserstoff**beimischung in den Gasnetzinfrastrukturen und Gasanwendungen untersucht.

Das Ergebnis ist ein Phasenmodell, welches die Transformation des bestehenden Gasnetzes (Methan-netz) hin zu „100 % H₂-ready“ und damit zu einem CO₂-freien Wasserstoffnetz ermöglicht. In der ersten Phase soll bis zum Jahr 2030 ein Wasserstoff-Startnetz für Berlin aufgebaut werden, das große Berliner Netzanschlüsse mit Wasserstoff versorgen kann. Damit werden wichtige Voraussetzungen für die Umstellung bestehender Gasnetzleitungen auf Wasserstoff geschaffen.

Das Geschäftsergebnis der **Tochtergesellschaft infrest** – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, bestehend aus dem Betrieb von webbasierten Austauschplattformen für Leitungsauskünfte, Genehmigungen, Aufgabe-, Havarie- und Anzeigenmeldungen sowie dem Betrieb eines webbasierten Baustellenatlas, lag im Jahr 2023 leicht über dem Vorjahresniveau.

Der Jahresüberschuss der **Tochtergesellschaft KKI** – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, stieg im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Die Gesellschaft bietet Dienstleistungen im Bereich des Störungs-, Notfall- und Krisenmanagements an.

Das erwartete Jahresergebnis 2023 aus der **Beteiligung** an der **WGI** GmbH, Dortmund, entwickelte sich planungsgemäß. Dieser wird aus Dienstleistungen im Bereich der Geoinformatik, Auskünften über Leitungsnetze und verschiedensten Aufgaben im Geoinformationsbereich erwirtschaftet.

Im Jahr 2021 begann in der GASAG-Gruppe das **Transformationsprogramm** „ZUKUNFT G“, welches die Ausrichtung der Strategie auf das Ziel der vollständigen Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 hat. Auch im Berichtsjahr hat die NBB an weiteren Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele gearbeitet; unter anderem die Elektrifizierung des Fuhrparks.

Zum Bilanzstichtag sorgten 719 **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** (Vj. 713) für einen sicheren Netzbetrieb. Darunter waren 96 Nachwuchskräfte (Vj. 84), welche bei der NBB gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern technische und kaufmännische **Berufsausbildungen sowie duale Studiengänge** absolvieren. Im Berichtsjahr wurde weiter an dem Aufbau einer eigenen technischen Ausbildungswerkstatt gearbeitet, um auch in Zukunft die Versorgungssicherheit im Netzgebiet der NBB zu gewährleisten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die technischen Nachwuchskräfte sollen diese im Jahr 2024 erstmalig nutzen können.

2.4 TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE

Gemäß § 6b Absatz 3 EnWG müssen Unternehmen, die mit einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Für die NBB leitet sich daraus die Verpflichtung ab, einen Tätigkeitsabschluss für die Gasverteilung zu erstellen.

Im Tätigkeitsabschluss werden neben der Gasverteilung, welche dem regulierten Gasnetzgeschäft der NBB als regulierte Netzbetreiberin entspricht, auch Energiespezifische Dienstleistungen an die Gas- und Elektrizitätsverteilung ausgewiesen.

TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE

Im Berichtsjahr bestand ein Jahresüberschuss in Höhe von 45.800 Tsd. € (Vj. 40.575 Tsd. €) im Tätigkeitsabschluss **Gasverteilung**. Im Geschäftsjahr 2023 sind Mehrerlöse aus Netzentgelten angefallen, die anteilig mit den aus Vorjahren aufgelaufenen Mindererlösen aus Netzentgelten verrechnet werden konnten und in einer Zuführung zur Rückstellung aus dem Regulierungskonto in Höhe von 33.514 Tsd. € resultierten. Die Umsatzerlöse beinhalteten vorwiegend die Erlöse aus Netzentgelten, die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen sowie die Abwicklung der Investitionen in das Gasnetz der Verpächter. Des Weiteren enthielten die Umsatzerlöse Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen und Baukostenzuschüssen für die Netzinfrastruktur. Die Bestandsveränderungen bestanden im Wesentlichen aus Veränderungen an unfertigen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz der Verpächter. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalteten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Materialaufwand wurden als Hauptbestandteile neben den erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb auch die Netzpacht, die vorgelagerten Netzkosten und die Aufwendungen für die Investitionsmaßnahmen aus den Netzpachtverhältnissen ausgewiesen.

Im Berichtsjahr bestand ein Jahresüberschuss in Höhe von 75 Tsd. € (Vj. 43 Tsd. €) im Tätigkeitsabschluss **Energiespezifische Dienstleistungen an Gasverteilung** und ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 132 Tsd. € (Vj. 168 Tsd. €) im Tätigkeitsabschluss **Energiespezifische Dienstleistungen an Elektrizitätsverteilung**. Die Energiespezifischen Dienstleistungen fielen im Rahmen eines Betriebsführungsvertrags der NBB für die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz), nachfolgend NFL genannt, an. Die NBB erbrachte hier Energiespezifische Dienstleistungen an die regulierten Sparten Gas- und Elektrizitätsverteilung der NFL. Die Aufwendungen der Betriebsführung bestanden vorwiegend aus Personalaufwand.

ÜBRIGE AKTIVITÄTEN

Die NBB erbrachte neben der Betriebsführung für die NFL auch Dienstleistungen an weitere Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft in den Sparten Gas, Wasser und Fernwärme. Diese beinhalteten unter anderem den Betrieb und Bau von Netzen und Anlagen sowie die Netzsteuerung, das Störungsmanagement und den Netzvertrieb für die Netze von Dritten.

3. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

3.1 ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2023 wies die NBB einen Jahresüberschuss von 46.846 Tsd. € (Vj. 41.540 Tsd. €) aus.

Das Ergebnis wurde im Berichtsjahr durch folgende finanzielle und nichtfinanzielle **Leistungsindikatoren** beeinflusst:

Ein wesentlicher nicht beeinflussbarer und **nichtfinanzieller Leistungsindikator** ist die Entwicklung der Gesamttransportmenge, welche insbesondere von der Temperatur sowie den Energiebedarfen aus den Branchen der Energieerzeugung, dem produzierenden Gewerbe und dem Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte abhängig ist.

Außerdem sind wichtige nichtfinanzielle Leistungsindikatoren die personelle Ressourcensicherung und Personalentwicklung, um einen versorgungssicheren Netzbetrieb zu gewährleisten. Die NBB investierte im Rahmen der Nachwuchsförderung als Ausbildungsbetrieb in den langfristigen Ressourcen- und Kompetenzerhalt.

Finanzielle Leistungsindikatoren leiten sich vorrangig vom gesetzlich vorgeschriebenen Regulierungsregime der BNetzA ab. Die Steuerung der NBB verfolgte dabei auch im Berichtsjahr die optimale Ausgestaltung der Gesellschaft im Rahmen der regulatorischen Anforderungen, um einen effizienten, umweltverträglichen und sicheren Netzbetrieb zu gewährleisten.

Im Vergleich zum Vorjahr war die **Entwicklung des Jahresergebnisses 2023** demnach von folgenden Effekten beeinflusst:

Die **Umsatzerlöse** in Höhe von 460.300 Tsd. € (Vj. 422.595 Tsd. €) wurden wie im Vorjahr vorwiegend aus Gastransport erwirtschaftet.

Die Gastransportmenge des Berichtsjahres ging lediglich um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Erwartungen an den Endverbraucher zu Energieeinsparungen realisierten sich dabei nur in geringem Umfang. Folglich ergaben sich periodenechte **Umsatzerlöse aus Netzentgelten** in Höhe von 364.250 Tsd. € (Vj. 321.659 Tsd. €). Die daraus resultierenden Mehrerlöse gegenüber der Erlösobergrenze konnten mit Mindererlösen der Vorperioden teilweise verrechnet werden und führten zu einer Zuführung der Rückstellung aus dem Regulierungskonto in Höhe von 33.514 Tsd. €. Diese Mehrerlöse führen in den Folgejahren zu einer Minderung der Netzentgelte.

Darüber hinaus fielen im Berichtsjahr **Umsatzerlöse für Arbeiten an Versorgungsanlagen** der Netzverpächter in Höhe von 13.248 Tsd. € (Vj. 22.950 Tsd. €) an, welche die Maßnahmen für den Ausbau der Gasnetzinfrastrukturen beinhalteten. Diese Maßnahmen waren außerdem wesentlicher Teil der **Bestandserhöhung an unfertigen Leistungen** in Höhe von 1.833 Tsd. € (Vj. Bestandsminderung 4.284 Tsd. €).

Außerdem waren in den **Umsatzerlösen die Mehr- und Mindermengenabrechnungen** mit einem Wert von 54.816 Tsd. € (Vj. 47.820 Tsd. €) enthalten. Der sehr starke Anstieg im Vergleich zum Vorjahr war im Wesentlichen preisbedingt. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar.

Zudem fielen **Umsatzerlöse aus der Biogaskostenwälzung** gemäß § 20b GasNEV in Höhe von 9.181 Tsd. € (Vj. 10.278 Tsd. €) an, wobei der Rückgang gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen auf geringeren vermiedenen Netzentgelten beruhte. Die Biogaskostenwälzung stellt für die NBB ebenfalls einen durchlaufenden Posten dar.

Des Weiteren waren in den Umsatzerlösen die **Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten für Baukostenzuschüsse für die Netzinfrastruktur** in Höhe von 9.368 Tsd. € (Vj. 10.488 Tsd. €) enthalten.

Die **Erträge aus aktivierten Eigenleistungen** in Höhe von 14.839 Tsd. € (Vj. 14.341 Tsd. €) beinhalteten vorrangig Leistungen für die Erweiterung und den Ersatz der Gasnetzinfrastruktur Berlins.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf 6.773 Tsd. € (Vj. 5.401 Tsd. €), was im Wesentlichen aus höheren Rückstellungsaufösungen als im Vorjahr resultierte.

Den erzielten Umsatzerlösen und dem Bestandsaufbau, welcher im Wesentlichen aus der Abrechnung der Netzausbaumaßnahmen an die Verpächter resultierte, standen größtenteils **Materialaufwand** für die Netzpacht, für bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, für Mess- und Abrechnungsdienstleistungen sowie für vorgelagerte Netze gegenüber. Der Materialaufwand stieg stark gegenüber dem Vorjahr auf 273.314 Tsd. € (Vj. 234.502 Tsd. €) an. Die Erhöhung ergab sich primär aus dem Anstieg der vorgelagerten Netzkosten um 40.041 Tsd. € auf 117.397 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr. Dem Anstieg des durchlaufenden Postens der Mehr- und Mindermengenabrechnung stand im Wesentlichen ein regulatorisch bedingter Rückgang der Aufwendungen für Netzpacht entgegen.

Der Anstieg des **Personalaufwands** im Berichtsjahr auf 55.866 Tsd. € (Vj. 52.775 Tsd. €) war hauptsächlich in Tarifsteigerungen und einer höheren Personalzahl begründet.

Die **Abschreibungen** in Höhe von 61.657 Tsd. € (Vj. 60.515 Tsd. €) entfielen im Wesentlichen auf die Netzverteilungsanlagen in Berlin und die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** lagen mit 32.952 Tsd. € (Vj. 33.048 Tsd. €) auf Vorjahresniveau. Darin sind im Wesentlichen Aufwendungen für Miete, Geschäftsbesorgung und IT-Dienstleistungen enthalten.

Das **Finanzergebnis** des Geschäftsjahres 2023 verbesserte sich mit einem Wert von –4.850 Tsd. € (Vj. –9.049 Tsd. €) sehr stark gegenüber dem Vorjahr. Im Wesentlichen sanken die Zinsaufwendungen für Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in die Netzinfrastruktur Berlins um 2.114 Tsd. € auf 7.055 Tsd. € (Vj. 9.169 Tsd. €). Außerdem stiegen die Zinserträge aus Cash-Pooling um 2.132 Tsd. € auf 2.282 Tsd. € (Vj. 150 Tsd. €).

Das **Steuerergebnis vom Einkommen und Ertrag** ergab im Berichtsjahr einen Aufwand in Höhe von 8.157 Tsd. € (Vj. 6.505 Tsd. €). Das Steuerergebnis stieg korrespondierend zum Vorsteuerergebnis der NBB.

3.2 FINANZLAGE

3.2.1 KAPITALSTRUKTUR

Der Finanzierungsbedarf der NBB wird aus dem operativen Cashflow, durch langfristige Bankkredite sowie Schuldscheindarlehen gedeckt. Dabei orientieren sich Art und Umfang der Finanzierung an den geplanten Investitionen und am operativen Geschäft der Gesellschaft.

Der langfristige Refinanzierungsbedarf resultiert im Wesentlichen aus Netzinvestitionen. Die verzinslichen Darlehen sind auf 33 Banken und sonstige Finanzpartner diversifiziert.

Des Weiteren steht der NBB eine gruppeninterne Kredit-/Avallinie im Rahmen einer Cash-Pooling Vereinbarung mit der GASAG in Höhe von 40.000 Tsd. € zur Verfügung, welche zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 nicht in Anspruch genommen wurde. Stattdessen bestand ein Guthaben in Höhe von 27.522 Tsd. €.

3.2.2 LIQUIDITÄT

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzte die NBB eine rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung. Hierbei wurde für die Liquiditätsplanung ein gruppenweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring einer Liquiditätsentwicklung sicherstellt.

Die NBB war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Kapitalflussrechnung der NBB stellte sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2023	2022
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	122.406	130.820
+ Cashflow aus Investitionstätigkeit	-66.759	-71.550
+ Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-85.236	-14.476
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-29.589	44.794
+/- Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	57.115	12.321
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	27.526	57.115

Der Finanzmittelfonds beinhaltet im Berichtsjahr im Wesentlichen die Forderungen aus dem Cash-Pooling mit der GASAG in Höhe von 27.522 Tsd. €.

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet vorrangig den Jahresüberschuss und die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen.

Der Cashflows aus der Investitionstätigkeit beinhaltet hauptsächlich die im Berichtsjahr vorgenommenen Investitionen in die Netzinfrastruktur Berlins.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet im Wesentlichen die Entnahme der Gesellschafter für das Jahresergebnis 2022, wobei im Vorjahr bereits 30.000 Tsd. € vom Jahresergebnis 2022 entnommen wurden. Außerdem wurde für das Jahresergebnis 2023 eine Entnahme in Höhe von 38.000 Tsd. € vorgenommen. Darüber hinaus waren planmäßige Tilgungen und Zinsen für Darlehen in Höhe von 35.696 Tsd. € enthalten. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

3.2.3 NETTOFINANZPOSITION

Die Nettofinanzposition ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln, vermindert um die Finanzverbindlichkeiten.

	2023	2022
	T€	T€
Kassenbestand, Bankguthaben	4	6
Forderung (+)/Verbindlichkeit (-) aus Cash-Pooling	27.522	57.109
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-384.041	-412.467
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-45.263	-44.993
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	-132.618	-135.285
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	-206.160	-232.189
Verbindlichkeiten gegenüber sonst. Darlehensgebern	-70.386	-70.386
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-386	-386
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	-10.000	-10.000
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	-60.000	-60.000
Nettofinanzposition	-426.901	-425.739

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Darlehensgebern waren 0,59 % (Vj. 0,69 %) variabel verzinslich.

Die Bandbreite der Zinssätze für festverzinsliche Darlehen lag wie im Vorjahr zwischen 0,67 % und 4,85 %.

3.3 VERMÖGENSLAGE

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2023 wurde eine **Bilanzsumme** in Höhe von 933.496 Tsd. € ausgewiesen (Vj. 940.258 Tsd. €).

Die Erhöhung des **Anlagevermögens** auf 820.600 Tsd. € (Vj. 812.109 Tsd. €) resultierte vorrangig aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in die Gasnetzinfrastruktur in Berlin. Die immateriellen Vermögensgegenstände beinhalteten vorrangig Leitungsrechte für das Berliner Gasnetz.

Die **Vorräte** beinhalteten zum Bilanzstichtag hauptsächlich unfertige Leistungen abzüglich der aktivisch abgesetzten erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 879 Tsd. € (Vj. 1.454 Tsd. €). Es handelte sich hierbei in erster Linie um Netzausbaumaßnahmen, welche noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Außerdem beinhalteten die Vorräte Gasbestände in den Leitungen.

Die **Forderungen** aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen mit einer Gesamthöhe von 100.534 Tsd. € (Vj. 117.116 Tsd. €) beinhalteten hauptsächlich Forderungen aus Netzentgelten sowie Mehr- und Mindermengenabrechnungen. Außerdem waren darin Forderungen aus dem Cash-Pooling-Guthaben bei der GASAG in Höhe von 27.522 Tsd. € (Vj. 57.109 Tsd. €) enthalten, woraus der wesentliche Effekt für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert. Hingegen bestanden entgeltbedingt höhere Forderungen aus Netzentgelten gegenüber dem Vorjahr.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** in Höhe von 7.934 Tsd. € (Vj. 6.107 Tsd. €) beinhalteten überwiegend Forderungen aus Steuern vom Einkommen und Ertrag.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von 2.984 Tsd. € (Vj. 2.910 Tsd. €) beinhaltete im Wesentlichen die Abgrenzung gegenüber dem vorgelagerten Netzbetreiber im Rahmen der Biogas-kostenwälzung nach § 20b GasNEV.

Die sonstigen **Rückstellungen** in Höhe von 101.331 Tsd. € (Vj. 80.423 Tsd. €) beinhalteten überwiegend Rückstellungen für das Regulierungskonto, Lieferungen und Leistungen sowie Rückbauverpflichtungen. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr basierte vorrangig auf der Rückstellung für das Regulierungskonto auf einen Wert von 59.744 Tsd. € (Vj. 26.230 Tsd. €). Gegenläufig sanken die Rückstellungen für Mehr- und Mindermengenabrechnung auf 2.750 Tsd. € (Vj. 15.911 Tsd. €).

Die **Verbindlichkeiten** zum Bilanzstichtag resultierten im Wesentlichen aus Finanzierungsverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Darlehensgebern in einer Gesamthöhe von 454.427 Tsd. € (Vj. 482.854 Tsd. €) zur Finanzierung der Investitionen in die Netzinfrastruktur in Berlin.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** beinhalteten in Höhe von 8.743 Tsd. € (Vj. 11.437 Tsd. €) Verbindlichkeiten aus Ergebnisverwendung des Jahres 2023 gegenüber den Gesellschaftern.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von 92.050 Tsd. € (Vj. 95.425 Tsd. €) enthielt zum Stichtag vorrangig die passivierten Zuschüsse gemäß Gasnetzentgeltverordnung und Baukostenzuschüsse.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und kurzfristigen Rückstellungen überstiegen die Summe aus kurzfristigen Forderungen und Finanzmittelbeständen. Die bestehenden Kreditlinien und liquiden Mittel reichen aus, den am Stichtag vorliegenden **Überhang an kurzfristigen Verbindlichkeiten** zu decken.

3.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Im Geschäftsjahr 2023 wies die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 46.846 Tsd. € aus, was einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr und der Prognose entspricht. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus einer gegenüber der Erwartung gestiegenen Transportmenge und entsprechenden Mehrerlösen.

4. CHANCENBERICHT

Die NBB bewegt sich in ihrem Kerngeschäft als Gasnetzbetreiberin in einem durch die BNetzA regulierten Markt, in dem sich Chancen vorwiegend innerhalb der von der Behörde vorgegebenen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Grundlage für den Betrieb der Netze sind Konzessionsverträge, zivilrechtliche Wegenutzungsverträge, mit denen die Gemeinden Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Gasverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gemäß § 46 Absatz 2 EnWG gestatten. Bei den laufenden Konzessionsverfahren verfolgt die NBB gemeinsam mit den Netzverpächtern vorrangig das Ziel der Bestandssicherung. Darüber hinaus können sich durch zusätzliche Netzbewirtschaftungen Effizienzsteigerungen im bestehenden Geschäft ergeben.

Sämtliche Chancen können zu einer leichten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation der NBB führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist dabei gering.

5. RISIKOBERICHT

Die ständig wiederkehrende Identifikation, Bewertung, Überwachung und Dokumentation von Chancen und Risiken gehört ebenso zu den Aufgaben der Führungskräfte sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie die operative Steuerung mithilfe geeigneter Maßnahmen. Die Prozessverantwortung liegt beim Risikomanagement, welches direkt an die Geschäftsführung berichtet.

Die Risikoeinschätzung beruht dabei im Wesentlichen auf einer Planabweichung, wobei neben der Einstufung als operative Risiken, strategische beziehungsweise allgemeine Lebensrisiken sowie die Imagewirkung klassifiziert werden. Die Angabe der Eintrittswahrscheinlichkeiten lässt sich wie folgt unterteilen: sehr geringe, geringe, mittlere, hohe und sehr hohe Eintrittswahrscheinlichkeit.

Das Risikopotenzial bezogen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird wie folgt ausgedrückt:

EINSTUFUNG DES RISIKOPOTENZIALS	BESCHREIBUNG DER WERTGRENZEN
Geringes	Unwesentliche Verschlechterung
Spürbares	Moderate Verschlechterung
Mittleres	Beträchtliche negative Auswirkung
Hohes	Hohe und potenziell dauerhafte Verschlechterung
Sehr hohes	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Verschlechterung

Bei der Bewertung wird außerdem zwischen einem kurz- sowie langfristigen Wirkungshorizont unterschieden, wobei die kurzfristige Betrachtung das nächste Geschäftsjahr betrifft. Die langfristige Betrachtung deckt mindestens den gesamten Planungszeitraum ab und geht für strategische Risiken und allgemeine Lebensrisiken auch darüber hinaus.

Es bestehen für die NBB im Wesentlichen folgende Risiken:

UMFELD- UND MARKTRISIKEN

Als unternehmerische Kernrisiken gelten die Transportmengenrisiken, die sich im Wesentlichen witterungsbedingt oder aufgrund von verändertem Endkundenverhalten und den Bedarfen des produzierenden Gewerbes ergebnisbeeinträchtigend auswirken können. Das Transportmengenrisiko wird mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit und einem über einen kurzfristigen Zeitraum spürbaren Schadenspotenzial eingestuft. Dem Schadenspotenzial steht jedoch mittelfristig eine Kompensation durch den regulatorischen Rahmen entgegen.

Weiterhin ergeben sich aus den bundespolitischen Klimaschutzziele relevante Einflüsse auf die langfristige Geschäftstätigkeit der NBB. So hat sich Deutschland zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden, was die schrittweise Substitution fossiler Energieträger erfordert. Dabei sollen insbesondere Wasserstoff und andere grüne Gase eine Rolle spielen. Überdies wurde der Trilog zur EU-Gas- und Wasserstoffbinnenmarktlinie beendet, wonach Energieversorgungsunternehmen künftig neben Gasnetzen auch Wasserstoffnetze betreiben dürfen. Die etablierten Strukturen der Gaswirtschaft werden demnach auf Wasserstoff übertragen. Die NBB begegnet dem im Rahmen des GASAG-Gruppen-Transformationsprogramms „ZUKUNFT G“ mit diversen Maßnahmen zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Wesentlicher Kern sind dabei die Chancen aus der Wasserstoffstrategie der NBB.

Die Wahrscheinlichkeit einer Gasmangellage, welche von der Bundesregierung ausgerufen wird, besteht fort. Auch im Jahr 2023 bestand weiterhin die zweite von drei Stufen des Notfallplans Gas. Die NBB ist als Netzbetreiberin grundsätzlich für den Krisenfall vorbereitet und führt dazu regelmäßig Krisenübungen mit den relevanten Prozessbeteiligten durch. Für den Fall einer längeren Gasmangellage hat die NBB weitere Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungssicherheit nach den Vorgaben der relevanten Behörden sicherzustellen. Dem damit verbundenen Risiko von kurzfristigen hohen Einnahmerückgängen kann die NBB durch eine grundlegend gute Liquiditätsausstattung begegnen, die die Aufrechterhaltung des Versorgungsbetriebs sicherstellt.

KONZESSIONSRISIKEN

Zwischen dem Land Berlin und der NBB besteht ein Gasnetzkonzeptionsvertrag für das Netzgebiet Berlin mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2034. Das Land Berlin hat ein vertraglich fixiertes Widerspruchsrecht, das bei Ausübung bis 30. November 2025 eine Verlängerung des Konzeptionsvertrages über den 31.12.2027 hinaus verhindern würde.

Darüber hinaus laufen aktuell in den Netzgebieten der NBB außerhalb Berlins Verfahren zur Neuvergabe von Konzessionen. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wird im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Dazu gehört unter anderem die Zusammenarbeit mit den Verpächtern zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung reduziert, sondern auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert.

Dabei stellt der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins ein geringes Risiko dar.

BETRIEBSRISIKEN

Die zum Betrieb von Netzinfrastrukturen eingesetzten technologisch komplexen Anlagen bergen das Risiko ungeplanter Nichtverfügbarkeiten und Versorgungsunterbrechungen aufgrund unvorhergesehener Betriebsstörungen oder externer Einflüsse. Durch die laufende Instandhaltung und Überwachung auf der Grundlage technischer Regelwerke und betriebsinterner Konzepte sowie durch die kontinuierliche Sanierung und Modernisierung der netztechnischen Anlagen wird ein hoher technologischer Sicherheitsstandard gewährleistet, wodurch die Eintrittswahrscheinlichkeit von Störungen erheblich reduziert wird. Aus den unvermeidlichen Restrisiken im Zusammenhang mit dem Betrieb der Netzinfrastrukturen ergibt sich in Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial ein spürbares Risiko bei einer insgesamt sehr geringen bis geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Bezüglich Cyberangriffen und Sabotageakten hat sich die Bedrohungslage für die Netzinfrastruktur verschärft. Die NBB ist durch den Betrieb nach den Regeln des DIN EN ISO 27001-zertifizierten Informationssicherheitsmanagementsystems und durch starke Sicherheitsvorkehrungen unter Beachtung der Hinweise aus den Sicherheitsbehörden für dieses Risiko gut aufgestellt. Es wurden organisatorische und technische Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen der Verfügbarkeit, Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit der informationstechnischen Systeme, Komponenten und Prozesse etabliert.

Darüber hinaus existieren die möglichen Risiken innerhalb der verschiedenen Prozesse unabhängig voneinander und sind im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen wirtschaftlich angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotenzial der NBB entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet ist. Des Weiteren überwacht ein eigener Bereich für Unternehmenssicherheit die kritischen Prozesse und steuert übergreifende Präventionsmaßnahmen.

AUSFALLRISIKO

Die Forderungen der NBB gegenüber den Transportkunden sind weitestgehend durch eine Forderungsausfallversicherung abgesichert, die im Falle von eingetretenen Insolvenzen 90 % der Außenstände der Gesellschaft erstattet. Der Ausfall von Forderungen wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Richtlinien der GASAG-Gruppe sowie der KoV Gas begrenzt und ist dementsprechend in Bezug auf das Schadenspotenzial und die Eintrittswahrscheinlichkeit als gering zu bewerten. Das Ausfallrisiko ist durch den angespannten Energiemarkt leicht gestiegen. Bisher sind jedoch keine wesentlichen Forderungsausfälle über den normalen Geschäftsverkehr hinaus zu verzeichnen gewesen.

MARKTPREISENTWICKLUNG

Die bestehenden Darlehen sind im Wesentlichen mit einem festen Zinssatz ausgestattet. Aus der Marktpreisentwicklung im Finanzbereich ergibt sich kurzfristig ein geringes Chancen- und Risikopotenzial.

Außerdem bestehen in Teilbereichen Material- und Lieferengpässe sowie ein weiterer Anstieg der Inflationsrate. Die NBB hat durch eine diversifizierte Lieferantenbindung und der Möglichkeit, teilweise Materialien zu substituieren, ein geringes Risiko von Beeinträchtigungen des Netzbetriebs. Das Risiko aus Preissteigerungen wird bei der NBB mittelfristig durch die regulatorische Anpassung der Erlösobergrenze um einen neuen Verbraucherpreisindex weitestgehend aufgefangen.

REGULATORISCHE RISIKEN

Neben Chancen aus Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Regulierung bestehen auch Risiken. Diese können eine kurzfristige Anpassung der Gesellschaftsausrichtung notwendig werden lassen, welche ein geringes Risiko temporärer Ineffizienzen mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit beinhaltet. Sowohl Chancen als auch Risiken ergeben sich derzeit aus der abschließenden Bemessung der Erlösobergrenzen der Jahre 2023 bis 2027, da der Effizienzwert für das Gasnetz der NBB und die Festlegung des generellen Produktivitätsfaktors für die vierte Regulierungsperiode noch nicht final beschieden sind.

Die voraussichtlich im Jahr 2024 in Kraft tretende EU-Verordnung zur Reduzierung der Methanemissionen im Energiesektor führt für die NBB zu der Pflicht, Methanemissionen regelmäßig zu messen und eventuell festgestellte Methanleckagen schneller als bisher zu beseitigen. Die Anforderungen stellen für die Netzbetreiber eine Erweiterung zum technischen Regelwerk dar, welches den Fokus vorrangig auf Sicherheitsaspekte legt. Es besteht ein Risiko, dass die daraus entstehenden Mehrkosten nur mit Zeitverzug in der Erlösobergrenze Berücksichtigung finden und entsprechend das Ergebnis temporär mindern. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird als mittel eingestuft. Die NBB arbeitet mit den Verbänden der Energiewirtschaft an einer frühzeitigen Anerkennung der Mehrkosten.

GESAMTRISIKO

Das Kernrisiko von Transportmengenschwankungen kann bei der NBB zu einer kurzfristigen Beeinträchtigung führen, da der Regulierungsrahmen diese im Wesentlichen mittelfristig auffängt.

Technisch und organisatorisch sind Vorkehrungen zum Management einer längeren Gasmangellage sowie möglicher Angriffe auf die Infrastruktur getroffen worden und die Netze laufen stabil.

Basierend auf der Gesamtrisikolage unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und ergriffenen Maßnahmen ist für die NBB gegenwärtig keine Fortbestandsgefährdung zu erkennen.

6. PROGNOSEBERICHT

Im Vergleich zum Berichtsjahr geht die NBB für das Jahr 2024 von wieder leicht steigenden Gastransportmengen auf Basis einer Normtemperaturentwicklung und des rückläufigen geänderten Verhaltens der Verbraucher im Zusammenhang mit den Energieeinsparanstrengungen aus. Dennoch führen regulatorische Effekte zu einer voraussichtlich konstanten Entwicklung der Netzentgelte. Die verbliebenen Mehrerlöse des Geschäftsjahres 2023 bilden Verrechnungspotenzial für zukünftige Mindererlöse.

Das Jahresergebnis 2024 sinkt moderat gegenüber dem Jahr 2023, unter anderem bedingt durch die erwartete Entwicklung der Kostenstrukturen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die Liquiditätszuflüsse aus dem operativen Geschäft, die Rücklagen, geplante Kreditaufnahmen bei Kreditinstituten sowie durch den verfügbaren Cash-Pooling Rahmen jederzeit sichergestellt.

Im Geschäftsjahr 2024 sind weitere Investitionen in die Berliner Gasnetzinfrastruktur, in Gasverbrauchsmesseinrichtungen sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant. Die Finanzierung der Investitionen soll dabei im Wesentlichen über den laufenden Cashflow sowie die Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten erfolgen.

Durch den kontinuierlichen Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts in den Tochterunternehmen der NBB wird auch in Zukunft ein positiver Ergebniseffekt auf die NBB erwartet.

Mit der geplanten Fertigstellung der Ausbildungswerkstatt wird außerdem in die Ressourcensicherung und die zukunftsorientierte Kompetenzerweiterung investiert.

Berlin, 15. Februar 2024

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Maik Wortmeier
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

Frank Behrend
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

Claudia Rathfux
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

JAHRESABSCHLUSS 2023

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2023

Inhaltsübersicht

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023	20
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2023	21
ANLAGENSPIEGEL FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2023	22
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023	23
TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023	39
BESTÄTIGUNGSVERMERK	45

BILANZ

**DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN,
ZUM 31. DEZEMBER 2023**

AKTIVA

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	37.766	37.199
II. Sachanlagen	780.900	772.670
III. Finanzanlagen	1.934	2.240
	820.600	812.109
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.436	2.008
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	108.472	123.225
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4	6
	109.912	125.239
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.984	2.910
	933.496	940.258

PASSIVA

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
A. Eigenkapital		
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	247.416	247.416
	247.416	247.416
B. Rückstellungen	113.291	85.548
C. Verbindlichkeiten	477.866	510.628
D. Rechnungsabgrenzungsposten	92.050	95.425
E. Passive latente Steuern	2.873	1.241
	933.496	940.258

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN,
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.-31.12.2023**

	01.01.-31.12.2023	01.01.-31.12.2022
	T€	T€
1. Umsatzerlöse	460.300	422.595
2. Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	1.833	-4.284
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	14.839	14.341
4. Sonstige betriebliche Erträge	6.773	5.401
5. Materialaufwand	273.314	234.502
6. Personalaufwand	55.866	52.775
7. Abschreibungen	61.657	60.515
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	32.952	33.048
9. Finanzergebnis	-4.850	-9.049
10. Ergebnis vor Steuern	55.106	48.164
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.157	6.505
12. Ergebnis nach Steuern	46.949	41.659
13. Sonstige Steuern	103	119
14. Jahresüberschuss	46.846	41.540
15. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	-46.846	-41.540

ANLAGENSPIEGEL

DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN,
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01. BIS 31.12.2023

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte am	
	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschrei- bungen im Geschäftsjahr	angesamelte Abschrei- bungen auf Abgänge	Endstand	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände	293	168	0	485	946	34	160	0	194	752	259
2. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	45.316	439	77	119	45.797	9.494	800	0	10.294	35.503	35.822
3. Geschäfts- oder Firmenwert	1.502	0	0	0	1.502	1.502	0	0	1.502	0	0
4. Geleistete Anzahlungen	1.118	993	0	-600	1.511	0	0	0	0	1.511	1.118
	48.229	1.600	77	4	49.756	11.030	960	0	11.990	37.766	37.199
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	47.382	827	290	883	48.802	14.839	1.271	274	15.836	32.966	32.543
2. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	163	0	0	0	163	163	0	0	163	0	0
3. Verteilungsanlagen	1.370.251	50.998	1.046	23.695	1.443.898	669.722	57.365	877	726.210	717.688	700.529
4. Andere technische Anlagen und Maschinen	2.112	108	223	0	1.997	1.911	36	223	1.724	273	201
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.754	3.214	1.574	202	22.596	12.982	2.025	1.570	13.437	9.159	7.772
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.625	14.374	401	-24.784	20.814	0	0	0	0	20.814	31.625
	1.472.287	69.521	3.534	-4	1.538.270	699.617	60.697	2.944	757.370	780.900	772.670
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	170	0	0	0	170	0	0	0	0	170	170
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	3.174	0	831	0	2.343	2.400	0	525	1.875	468	774
3. Beteiligungen	1.281	0	0	0	1.281	0	0	0	0	1.281	1.281
4. Sonstige Ausleihungen	15	0	0	0	15	0	0	0	0	15	15
	4.640	0	831	0	3.809	2.400	0	525	1.875	1.934	2.240
	1.525.156	71.121	4.442	0	1.591.835	713.047	61.657	3.469	771.235	820.600	812.109

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023****ALLGEMEINE HINWEISE**

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, hat ihren Geschäftssitz am EUREF Campus 1-2 in 10829 Berlin und ist im Handelsregister von Berlin-Charlottenburg unter HRA 37374 B eingetragen.

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der NBB ist der Betrieb eigener und fremder technischer Leitungsnetze zur Versorgung, die Erbringung aller mit den vorbezeichneten Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Weiterhin besteht die Geschäftstätigkeit der NBB aus der Vermarktung der Netznutzung zu Transportzwecken, die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter sowie die technische und kaufmännische Beratung und Unterstützung von Netzbetreibern und -Eigentümern sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich der Mitarbeiterüberlassung.

An der NBB sind die GASAG AG, Berlin, nachfolgend GASAG genannt, und die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, nachfolgend GBG genannt, als Kommanditistinnen beteiligt.

Persönlich haftende Gesellschafterin der NBB ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, nachfolgend NBB GmbH genannt, mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tsd.€. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

Der Jahresabschluss ist gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes, nachfolgend EnWG genannt, und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie sind im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund sind die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die nachfolgenden für die Aufstellung des Jahresabschlusses maßgebenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert geblieben.

ANLAGEVERMÖGEN

Selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sowie Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die verwendeten Abschreibungsdauern liegen überwiegend zwischen 3 und 50 Jahren.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 250 € nicht übersteigen, sind aus Gründen der Wesentlichkeit in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen sofort als Aufwand erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 € und 800 € sind im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen sind Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt.

Liegt bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens eine dauerhafte Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vor, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

UMLAUFVERMÖGEN

Die Vorräte sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten beziehungsweise unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tagespreisen am Bilanzstichtag aktiviert.

Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Kosten der allgemeinen Verwaltung und Fremdkapitalzinsen sind nicht aktiviert. Erkennbare Risiken sind gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte sind zu Nennwerten bilanziert.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände sowie flüssige Mittel sind zu Nennwerten angesetzt. Erkennbare Risiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Risiken aus Forderungsausfällen bei Transportkunden sind durch eine Forderungsausfallversicherung zu 90 % abgedeckt.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für Folgejahre darstellen.

FREMDKAPITAL

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung sind nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 2,0 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (RT 2018 G) und ein Zinssatz von 1,82 % (Vj. 1,78 %) zugrunde gelegt. Bei den Berechnungen der Altersteilzeitverpflichtungen ist ein Zinssatz von 1,03 % (Vj. 0,59 %) berücksichtigt. Den Altersteilzeitrückstellungen ist ein Gehaltstrend von 2,5 % p. a. zugrunde gelegt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Veränderung der Verpflichtungen.

Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung (ATZ), welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen ist.

Durch die Anwendung des Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 zur handelsrechtlichen Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen ist eine kongruente Bewertung von Pensionsrückstellungen und Rückdeckungsversicherungsansprüchen sichergestellt. Bei der Anwendung des Aktivprimats sind die Pensionsrückstellungen mit dem Wert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen war bis zum Geschäftsjahr 2022 eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) enthalten.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Effekte aus der Änderung der Abzinsungssätze beziehungsweise Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit sind im Finanzergebnis ausgewiesen.

Am 28. Dezember 2023 ist das Mindeststeuergesetz in Kraft getreten, das für die GASAG-Gruppe grundsätzlich zur Anwendung kommt. Dabei handelt es sich um eine Ertragsteuer i. S. d. § 274 HGB, die im Abschluss auszuweisen ist und für die grundsätzlich Steuerrückstellungen zu bilden sind. Währenddessen ist die Bildung von latenten Steuern, welche auf die globale Mindeststeuer zurückzuführen sind, bis auf weiteres ausgesetzt. Erster Veranlagungszeitraum der Mindeststeuer ist das Geschäftsjahr 2024. Die GASAG-Gruppe erzielt ihre Umsätze im Inland und versteuert Einkommen und Ertrag nach deutschen Steuergesetzen. Demnach erwartet die GASAG-Gruppe keine Auswirkungen für das Jahr 2024.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für Folgejahre darstellen.

LATENTE STEUERN

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge sind die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen sind verrechnet ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

AKTIVA

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Posten „Grundstücke mit Geschäfts-, Betrieb- und anderen Bauten“ und „Bauten auf fremden Grundstücken“ in dem Posten „Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken“ zusammengefasst.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten selbst erstellte Softwarelösungen in Höhe von 752 Tsd. € (Vj. 259 Tsd. €) sowie in Entwicklung befindliche selbst erstellte Softwarelösungen in Höhe von 219 Tsd. € (Vj. 581 Tsd. €), die in den geleisteten Anzahlungen enthalten sind. Die Entwicklungskosten für die selbst erstellte Software betragen 291 Tsd. € (Vj. 646 Tsd. €).

ANTEILSBESITZ

Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital	Anteil am Eigenkapital	Jahresergebnis
	T€	%	T€
	31.12.2023	31.12.2023	2023
infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin	1.443	67,3600	607
KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin	0	74,9000	800
WGI GmbH, Dortmund ¹	791	49,0000	384

¹ Daten betreffen den Jahresabschluss zum 31.12.2022

VORRÄTE

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	241	238
Unfertige Leistungen	12.117	10.284
Fertige Erzeugnisse und Waren	316	316
Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen	-11.238	-8.830
	1.436	2.008

Die unfertigen Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzausbaumaßnahmen für die Verpächter.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	31.12.2023		31.12.2022	
	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr
	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.608	44.608	44.088	44.088
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	55.926	55.926	73.028	73.028
aus Lieferungen und Leistungen	18.930	18.930	7.240	7.240
aus sonstigen Vermögensgegenständen	36.996	36.996	65.788	65.788
(davon aus Kontenclearing/ Ausleihungen)	(27.522)	(27.522)	(57.109)	(57.109)
(davon gegen Gesellschafter)	(37.767)	(37.767)	(60.819)	(60.819)
(aus Lieferungen und Leistungen)	(9.671)	(9.671)	(3.234)	(3.234)
(aus sonstigen Vermögensgegenständen)	(28.096)	(28.096)	(57.585)	(57.585)
(davon aus Kontenclearing/ Ausleihungen)	(27.522)	(27.522)	(57.109)	(57.109)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4	4	2	2
aus Lieferungen und Leistungen	0	0	2	2
aus sonstigen Vermögensgegenständen	4	4	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	7.934	7.934	6.107	6.107
	108.472	108.472	123.225	123.225

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Netzentgelten, Forderungen aus Mehr- und Mindermengenabrechnungen sowie Forderungen aus Netzanschlüssen und -umverlegungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Steuerforderungen in Höhe von 4.878 Tsd. € (Vj. 4.392 Tsd. €) die rechtlich erst nach dem Bilanzstichtag entstehen.

PASSIVA

EIGENKAPITAL

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
Festkapital	13.093	13.093
GASAG	12.093	12.093
GBG	1.000	1.000
Zusätzliche Einlagen	234.323	234.323
GASAG	225.920	225.920
GBG	8.403	8.403
	247.416	247.416

Die Gesellschafter nehmen im Verhältnis ihres jeweiligen Festkapitals am Gewinn oder Verlust teil. Über die Gewinnverwendung ist nicht zu beschließen.

Die zusätzliche Einlage ist durch den Gesellschaftsvertrag eine Pflichteinlage, die nicht als Haftungssumme der Kommanditisten gilt.

RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.752	4.356
Steuerrückstellungen	7.208	769
Sonstige Rückstellungen	101.331	80.423
	113.291	85.548

Unter Inanspruchnahme von Art. 28 EGHGB werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 14.786 Tsd. € (Vj. 13.767 Tsd. €) nicht in der Bilanz ausgewiesen. Demgegenüber besteht ein Kassenvermögen in Höhe von 9.931 Tsd. € (Vj. 9.669 Tsd. €).

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 58 Tsd. € (§ 253 Abs. 6 HGB).

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
Sonstige Rückstellungen für		
Regulierungskonto	59.744	26.230
noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen	16.527	15.480
sonstige Personalaufwendungen	9.083	8.725
Abbruchkosten	5.674	5.298
Mehr- und Mindermengenabrechnung Gas	2.750	15.911
Rechtsstreitigkeiten	1.911	1.485
Bodensanierungen	1.224	1.228
Rückzahlungen von Investitionszuschüssen aus Erschließungsverträgen	537	732
unterlassene Instandhaltungen	180	344
Altersteilzeit	110	983
Regulierungssachverhalte	105	179
Sonstiges	3.486	3.828
	101.331	80.423

Die in den sonstigen Rückstellungen darüber hinaus enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen werden mit Vermögensgegenständen zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG), welche vom GASAG Treuhand e. V., Berlin, gehalten werden, saldiert. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	6.783	8.296
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	6.673	7.313
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	6.673	7.313
Verrechnete Aufwendungen aus Altersteilzeitverpflichtungen	42	38
Verrechnete Erträge aus Treuhandvermögen	191	11

Der beizulegende Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände entspricht den Anschaffungskosten, da es sich hierbei um Festgeldanlagen handelt.

VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2023				31.12.2022			
	davon mit einer Restlaufzeit				davon mit einer Restlaufzeit			
	insgesamt	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre	insgesamt	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	384.041	45.263	338.778	206.160	412.467	44.993	367.474	232.190
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.528	1.528	0	0	1.609	1.609	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.849	5.849	0	0	6.958	6.958	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.576	11.576	0	0	14.941	14.941	0	0
aus Lieferungen und Leistungen	800	800	0	0	1.274	1.274	0	0
aus sonstigen Verbindlichkeiten	10.776	10.776	0	0	13.667	13.667	0	0
(davon gegenüber Gesellschaftern)	(10.986)	(10.986)	(0)	(0)	(13.607)	(13.607)	(0)	(0)
(aus Lieferungen und Leistungen)	(271)	(271)	(0)	(0)	(17)	(17)	(0)	(0)
(aus sonstigen Verbindlichkeiten)	(10.715)	(10.715)	(0)	(0)	(13.590)	(13.590)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	89	89	0	0
aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	89	89	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	74.872	4.872	70.000	60.000	74.564	4.564	70.000	60.000
(davon aus Darlehen)	(70.386)	(386)	(70.000)	(60.000)	(70.387)	(387)	(70.000)	(60.000)
(davon aus Steuern)	(4.056)	(4.056)	(0)	(0)	(3.482)	(3.482)	(0)	(0)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(22)	(22)	(0)	(0)	(24)	(24)	(0)	(0)
	477.866	69.088	408.778	266.160	510.628	73.154	437.474	292.190

Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern enthalten Verbindlichkeiten aus der Ergebnisverwendung des Geschäftsjahres in Höhe von 8.743 Tsd. € (Vj. 11.437 Tsd. €).

PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen Zuschüsse gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) in Höhe von 69.280 Tsd. € (Vj. 73.201 Tsd. €), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam in die Umsatzerlöse vereinnahmt werden.

PASSIVE LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz.

	31.12.2023	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
	T€	T€
Anlagevermögen		8.643
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	5	
Rückstellungen	1.700	
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4.065	
	5.770	8.643
Passivüberhang		2.873

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 14,017 % ermittelt.

ENTWICKLUNG LATENTER STEUERSALDEN

	31.12.2022	Veränderung	31.12.2023
	T€	T€	T€
Aktive latente Steuern	6.057	-287	5.770
Passive latente Steuern	7.298	1.345	8.643

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

UMSATZERLÖSE

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 betragen 460.300 Tsd. € (Vj. 422.595 Tsd. €). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben. Aus den Netzentgelten resultieren Mehrerlöse gegenüber der Erlösobergrenze, die zu Rückstellungen aus dem Regulierungskonto führen.

Die Umsatzerlöse entfallen vollständig auf das Inland.

In den Netzentgelten sind Erlöse aus der Weiterwälzung von Kosten der vorgelagerten Netze enthalten.

In den Umsatzerlösen werden Erlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 54.816 Tsd. € (Vj. 47.820 Tsd. €) ausgewiesen, von denen 6.092 Tsd. € (Vj. 9.045 Tsd. €) periodenfremd sind. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar. Den Erlösen aus Mehr- und Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber gegenüber, die in den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ausgewiesen werden.

Des Weiteren enthalten die Umsatzerlöse Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen und Baukostenzuschüssen für die Netzinfrastruktur in Höhe von 9.368 Tsd. € (Vj. 10.488 Tsd. €).

Zudem sind periodenfremde Umsatzerlöse aus Netzentgelten in Höhe von 1.948 Tsd. € (Vj. -3.198 Tsd. €) und Konzessionsabgaben in Höhe von -54 Tsd. € (Vj. 23 Tsd. €) enthalten.

BESTANDSVERÄNDERUNGEN

Die Bestandsveränderungen betreffen hauptsächlich unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

ANDERE AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN

In den anderen aktivierten Eigenleistungen sind in Höhe von 14.333 Tsd. € (Vj. 14.154 Tsd. €) Eigenleistungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Rohrnetz- und Anlagentechnik ausgewiesen. Weiterhin sind in den anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 506 Tsd. € (Vj. 187 Tsd. €) Eigenleistungen im Zusammenhang mit Softwarelösungen enthalten.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

	2023	2022
	T€	T€
Auflösung von Rückstellungen	3.198	2.561
Erstattungen und Zuschüsse	2.019	1.605
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	562	453
Erträge (Gegenposten) Sachbezüge	332	278
Veränderung von Wertberichtigungen	216	77
Übrige sonstige betriebliche Erträge	446	427
	6.773	5.401
davon periodenfremd	166	428

MATERIALAUFWAND

	2023	2022
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	67.989	59.339
Aufwendungen für bezogene Leistungen	205.325	175.163
	273.314	234.502
davon periodenfremd	6.486	10.281

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beinhalten unter anderem Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 54.816 Tsd. € (Vj. 47.820 Tsd. €), von denen 6.092 Tsd. € (Vj. 9.045 Tsd. €) periodenfremd sind.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ables- und Abrechnungsaufwendungen.

PERSONALAUFWAND

	2023	2022
	T€	T€
Löhne und Gehälter	43.902	41.207
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	11.964	11.568
(davon für Altersversorgung)	(2.425)	(2.492)
	55.866	52.775

Die Löhne und Gehälter enthalten Aufwendungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 810 Tsd. € (Vj. 1.329 Tsd. €).

ABSCHREIBUNGEN

	2023	2022
	T€	T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	960	1.455
Abschreibungen auf Sachanlagen	60.697	59.060
	61.657	60.515

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

	2023	2022
	T€	T€
IT-Dienstleistungen	9.288	8.143
Aufwendungen für Geschäftsbesorgung	7.468	8.374
Aufwendungen für Mieten und Leasing	3.482	3.650
Sonstige Dienstleistungen	2.836	2.036
Versicherungen	1.951	1.781
Büro-, Post- und Telefonaufwand	1.526	1.697
Abgaben, Gebühren und Beiträge	1.314	1.154
Abgangsverluste	653	454
Weiterbildungen	653	591
Aufwand aus Kostenerstattung Beteiligungs-GmbH	582	592
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	561	1.255
Sachzuwendungen	500	496
Ausbuchungen, Wertberichtigungen und Rückflüsse	104	478
Abfindungen	96	275
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	1.938	2.072
	32.952	33.048
davon periodenfremd	63	57

FINANZERGEBNIS

	2023	2022
	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen	392	392
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(269)	(269)
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	47	52
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(47)	(52)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.591	208
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(2.352)	(156)
(davon aus der Abzinsung von Rückstellungen)	(184)	(9)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.880	9.701
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(280)	(208)
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	(113)	(176)
	-4.850	-9.049

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus Zinsen aus Kontenclearing mit GASAG. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Zinsen für Investitionsdarlehen in Höhe von 7.055 Tsd. € (Vj. 9.169 Tsd. €) enthalten.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten latente Steuern in Höhe von 1.632 Tsd. € (Vj. 1.241 Tsd. €).

In dieser Position sind periodenfremde Effekte in Höhe von -74 Tsd. € (Vj. -456 Tsd. €) enthalten.

Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages vom 14. Dezember 2020 werden die auf steuerliche Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbe- bzw. -entlastungen diesen im Rahmen der Gewinnverteilung zugerechnet.

Der NBB sind nach weiteren gesellschaftsvertraglichen Regelungen der Gewerbesteueraufwand in Zusammenhang mit steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen sowie der Veräußerung des gesamten Kommanditanteils von den jeweiligen Kommanditisten zu erstatten. Für Vorjahre ergab sich eine Gewerbesteuererstattung der NBB KG an die Kommanditisten in Höhe von 67 Tsd. € (Vj. 292 Tsd. €).

AUSSERBILANZIELLE GESCHÄFTE/SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 287.983 Tsd. €. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 84.399 Tsd. € sowie gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 26.324 Tsd. €. Bestellobligos bestehen in Höhe von 39.535 Tsd. €.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netzpachtverträge mit der EMB Energie Brandenburg GmbH, Michendorf, nachfolgend EMB genannt, über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes inklusive Asset-Owner-Kosten sowie die Bestellung fester Netzkapazitäten in vorgelagerten Netzebenen.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können.

Es bestehen Verträge über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter der Gasnetze mit allen technischen Nebeneinrichtungen mit EMB, der Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz, der Rathenower Netz GmbH, Rathenow, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf, und der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf. Alle Verträge haben zum Stichtag eine Laufzeit zwischen einem und 13 Jahren.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für den überwiegenden Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der VBL. Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2023 für den Abrechnungsverband West 7,3 %. Davon leistet der Arbeitgeber 5,49 % und der Arbeitnehmer 1,81 %. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1,06 %, den der Arbeitgeber trägt.

Ferner wird im Abrechnungsverband Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 6,25 % erhoben. Davon leistet der Arbeitgeber 2,00 % und der Arbeitnehmer 4,25 %. Das umlagepflichtige Entgelt betrug im Geschäftsjahr 31.939 Tsd. €.

Darüber hinaus besteht für die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), nachfolgend SW Forst genannt, eine Mitgliedschaft beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg. Die ZVK Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – ist im Land Brandenburg die betriebliche Altersversorgung des kommunalen öffentlichen Dienstes. Die Finanzierung erfolgt weitestgehend analog den Regelungen der VBL (Umlage: 1,1 % vom Arbeitgeber, Zusatzbeitrag: jeweils 2,4 % vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Für ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen BEGA.tec GmbH, die unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe fallen, werden als Form der überbetrieblichen Altersversorgung Arbeitgeberbeiträge im Rahmen der „Tarifrente Bau“ erhoben. Es handelt sich dabei um eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung. Je nach Mitarbeitergruppe werden gem. des „Tarifvertrages über eine zusätzliche Altersversorgung im Baugewerbe (TZA Bau)“ unterschiedliche Festbeträge bzw. Beträge als Prozentwerte des Bruttolohnes zugesagt.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten zudem Miet- und Leasingkosten in Höhe von 42.521 Tsd. €.

Weitere Verpflichtungen beinhalten sonstige Dienstleistungsverträge, Wartungs- und Betriebsführungskosten, Geschäftsbesorgungen, Versicherungen, Abwicklung von Netzanschlussfragen sowie die noch nicht zugeführten Anteile von Ansammlungsrückstellungen.

SONSTIGE ANGABEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB GmbH.

Zur Geschäftsführung der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin sind

Maik Wortmeier (Vorsitzender)
Technischer Bereich

Frank Behrend
Kaufmännischer Bereich

Claudia Rathfux
Kaufmännischer Bereich
(seit 1. Januar 2024)

bestellt.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER IM JAHRESDURCHSCHNITT

	2023	2022
Frauen	151	150
Männer	563	562
	714	712

KONZERNVERHÄLTNISSE

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von GASAG für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2023 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses war die NBB zum 31. Dezember 2023 nicht verpflichtet, da GASAG in ihrer Eigenschaft als Konzernleitung zum 31. Dezember 2023 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die NBB erstellt. Die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden des befreienden Konzernabschlusses folgend für die Europäische Union gültigen International Financial Reporting Standards.

NACHTRAGSBERICHT

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die wesentliche finanzielle Auswirkungen auf die Gesellschaft und deren zukünftige Geschäftstätigkeit haben.

ANGABEN ZUM GESAMTHONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB sind im GASAG-Konzernabschluss enthalten.

**GESCHÄFTE GRÖßEREN UMFANGS GEMÄSS § 6B ABS. 2 ENWG
MIT VERBUNDENEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN**

	2023
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftraggeber	T€
Bauleistungen	13.838
Zinsen für Ausleihungen, Kontenclearing und sonstige Zinsen	2.283
Technische Betriebsführung	2.097
Dienstleistungen	682
IT- und Telekommunikationsleistungen	498
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	343
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftragnehmer	
Geschäftsbesorgung	7.443
IT- und Telekommunikationsleistungen	6.387
Dienstleistungen	3.581
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	571
Übernahme VA-Zahlungen	225

Auftraggeber waren GASAG, die BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend BAS genannt, SW Forst, die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst, die KKI - Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, nachfolgend KKI genannt, EMB, die Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick, die Rathenower Netz GmbH, Rathenow.

Auftragnehmer waren GASAG, BAS, die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, KKI, und die WGI GmbH, Dortmund.

Es besteht ein Cash-Pooling-Vertrag mit GASAG, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 40.000 Tsd. € zur Verfügung steht.

Die Bauleistungen beinhalten im Wesentlichen die investiven Maßnahmen für das Gasnetz der Verpächter. Des Weiteren verzeichnet die NBB Pacht aufwendungen für die Gasnetze.

Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

Berlin, 15. Februar 2024

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Maik Wortmeier
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

Frank Behrend
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

Claudia Rathfux
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN

BILANZ

ZUM 31.12.2023 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GASVERTEILUNG UND ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

AKTIVSEITE	Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Elektrizitätsverteilung	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen	817.252	808.371	63	80	145	147
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	37.591	37.053	10	16	23	29
1. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände	737	242	2	2	4	3
2. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	35.429	35.700	7	12	16	23
3. Geleistete Anzahlungen	1.425	1.111	1	2	3	3
II. Sachanlagen	779.646	771.303	53	64	122	118
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	32.233	31.738	15	18	34	34
2. Verteilungsanlagen	717.688	700.529	0	0	0	0
3. Andere technische Anlagen und Maschinen	268	200	0	0	0	0
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.668	7.224	36	45	84	83
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	20.789	31.612	2	1	4	1
III. Finanzanlagen	15	15	0	0	0	0
Sonstige Ausleihungen	15	15	0	0	0	0
B. Umlaufvermögen	107.501	122.212	15	34	35	171
I. Vorräte	868	1.415	0	0	0	5
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	200	204	0	0	0	0
2. Unfertige Leistungen	11.590	9.726	0	0	0	5
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	316	316	0	0	0	0
4. Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte	-11.238	-8.831	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	106.629	120.791	15	34	35	166
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	43.917	43.217	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	54.900	71.631	10	31	29	161
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.940	5.945	6	13	21	101
davon sonstige Vermögensgegenstände	36.960	65.686	4	18	8	60
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon gegen Gesellschafter)	(37.733)	(60.792)	(45)	(3)	(43)	(5)
3. Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	4	0	0	0	0	0
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
davon sonstige Vermögensgegenstände	4	0	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
3. Sonstige Vermögensgegenstände	7.808	5.943	5	3	6	5
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4	6	0	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.984	2.910	0	0	0	0
D. Negatives zugeordnetes Eigenkapital	0	0	41	0	35	0
Bilanzsumme	927.737	933.493	119	114	215	318

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN

BILANZ

ZUM 31.12.2023 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GASVERTEILUNG UND ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

PASSIVSEITE	Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Elektrizitätsverteilung	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Zugeordnetes Eigenkapital	243.495	242.797	0	12	0	100
B. Rückstellungen	111.797	83.901	109	88	196	150
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.421	4.047	33	30	54	48
2. Steuerrückstellungen	7.051	753	11	1	1	0
3. Sonstige Rückstellungen	100.325	79.101	65	57	141	102
C. Verbindlichkeiten	477.779	510.399	7	12	15	65
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	384.041	412.467	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(45.263)	(44.993)	(0)	(0)	(0)	(0)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.528	1.609	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(1.528)	(1.609)	(0)	(0)	(0)	(0)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.840	6.863	1	2	1	17
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(5.840)	(6.863)	(1)	(2)	(1)	(17)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.573	14.906	0	1	1	33
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	797	233	0	0	1	0
davon sonstige Verbindlichkeiten	10.776	14.673	0	1	0	33
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(11.572)	(3.469)	(0)	(1)	(1)	(33)
(davon gegen Gesellschafter)	(10.986)	(13.606)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon aus Ergebnisverwendung)	(8.743)	(11.437)	(0)	(0)	(0)	(0)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0	88	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(0)	(88)	(0)	(0)	(0)	(0)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	74.797	74.466	6	9	13	15
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(4.797)	(4.466)	(0)	(9)	(0)	(15)
(davon aus Steuern)	(3.991)	(3.394)	(0)	(8)	(0)	(13)
E. Rechnungsabgrenzungsposten	91.793	95.155	3	2	4	3
F. Passive latente Steuern	2.873	1.241	0	0	0	0
Bilanzsumme	927.737	933.493	119	114	215	318

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DIE ZEIT VOM 1.1.2023 BIS 31.12.2023 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG UND ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GAS- SOWIE ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

	Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Elektrizitätsverteilung	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	452.921	414.856	620	591	964	856
2. Bestandsveränderungen	1.864	-3.797	0	0	-5	5
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	14.839	14.341	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	6.083	4.784	12	6	25	10
5. Materialaufwand	269.847	231.367	89	37	101	110
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	67.811	59.127	4	11	9	7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	202.036	172.240	85	26	92	103
6. Personalaufwand	53.225	49.540	319	392	702	725
a) Löhne und Gehälter	41.754	38.594	261	319	575	589
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	11.471	10.946	58	73	127	136
(davon für Altersversorgung)	(2.390)	(2.457)	(7)	(8)	(16)	(12)
7. Abschreibungen	61.413	60.213	18	25	43	45
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	32.025	32.507	120	94	268	156
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.590	208	0	0	0	0
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(2.352)	(156)	(0)	(0)	(0)	(0)
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.873	9.691	1	1	1	2
(davon an verbundene Unternehmen)	(278)	(207)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	(108)	(167)	(0)	(1)	(1)	(2)
Ergebnis vor Steuern	53.914	47.074	85	48	-131	-167
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	8.014	6.382	10	5	0	0
Ergebnis nach Steuern	45.900	40.692	75	43	-131	-167
12. Sonstige Steuern	100	117	0	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	45.800	40.575	75	43	-132	-168
13. Gutschrift / Lastschrift auf Gesellschafterkonten	-45.800	-40.575	-75	-43	132	168

ANHANG ZUM TÄTIGKEITSABSCHLUSS**DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG
FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNG
AN DIE GASVERTEILUNG UND ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN
DIE ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG**

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin (im folgenden NBB genannt), weist drei Tätigkeiten gemäß den Anforderungen nach IDW ERS ÖFA 2 aus. Der Tätigkeitsabschluss Gasverteilung beinhaltet das Geschäft der NBB als regulierter Netzbetreiber. Die Tätigkeiten der NBB für den Bereich der Energiespezifischen Dienstleistungen beinhalten Dienstleistung der NBB im Rahmen der Betriebsführung an die regulierten Sparten Gas- und Elektrizitätsverteilung der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz).

1. ABSCHREIBUNGSMETHODEN

Bezüglich der nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG geforderten Angabe zu den Abschreibungsmethoden wird auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses verwiesen.

**2. REGELN FÜR DIE ZUORDNUNG DER GEGENSTÄNDE DES AKTIV- UND PASSIV-
VERMÖGENS SOWIE DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE ZU DEN GEMÄSS DEN
SÄTZEN 1 BIS 4 DES § 6B ABS. 3 ENWG GEFÜHRTEN KONTEN****BILANZ**

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden im Verhältnis des Personalaufwands geschlüsselt. Die Verbindlichkeiten werden im Wesentlichen direkt dem Tätigkeitsbereich zugeordnet. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Darlehensgebern sind vollständig dem Tätigkeitsbereich Gasverteilung zugeordnet.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt entsprechend der Einlagen der Gesellschafter. Die Aufteilung auf die Tätigkeiten für die einzelnen Gesellschafter wird entsprechend der erstmaligen Aufteilung der Einlagen vorgenommen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Der Ausgangspunkt für die Gewinn- und Verlustrechnung der Tätigkeitsabschlüsse bildet die Profitcenterrechnung, wodurch die Jahresergebnisse in die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung, Energiespezifische Dienstleistung an Gas- und Elektrizitätsverteilung sowie Sonstige Tätigkeiten getrennt werden. Die Ergebnisse der Tätigkeiten Energiespezifische Dienstleistung an Gas- und Elektrizitätsverteilung sowie Sonstige Tätigkeiten sind direkt dem Gesellschafter GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, zugeordnet.

Die Verrechnung der Leistungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgt auf Basis einer Stundenschreibung sowie der Umlage entsprechender Verwaltungsgemeinkosten über Aufträge mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Verteilung und Sonstige Tätigkeiten.

Umsatzerlöse:

Die Zuordnung der Umsatzerlöse erfolgt nahezu vollständig direkt auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich.

Materialaufwand:

Der wesentliche Teil der Materialaufwendungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet.

Personalaufwand:

Alle Mitarbeiter sind jeweils einem Profitcenter zugeordnet. Die Personalaufwendungen für die jeweiligen Mitarbeiter werden direkt auf den Profitcentern erfasst. Die Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen erfolgt über eine Stundenschreibung.

Abschreibungen:

Der wesentliche Teil der Abschreibungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet und beinhaltet vorrangig Abschreibungen auf Gasverteilungsanlagen. Die Abschreibungen für die Energiespezifischen Tätigkeiten resultieren im Wesentlichen aus der Software sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Sonstiger betrieblicher Aufwand:

Die Verteilung des sonstigen betrieblichen Aufwandes erfolgt über die tätigkeitsspezifische Zuordnung der Profitcenter bzw. die verursachungsgerechte Verteilung mittels Schlüssel.

Aufwand für IT-Leistungen:

Aufwendungen für IT-Leistungen werden unter anderem unter Berücksichtigung der Anzahl der den einzelnen Profitcentern zugeordneten Benutzerprofile für die jeweiligen Anwendungen auf die Tätigkeitsbereiche verteilt.

Aufwand für Ertragsteuern:

Die tätigkeitsspezifische Aufteilung der Ertragsteuern erfolgt unter Berücksichtigung der erstellten Sonderbilanzen der einzelnen Kommanditisten sowie der Schlüsselung entsprechend dem Gewinn vor Steuern für die einzelnen Tätigkeiten.

3. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in diesem Tätigkeitsabschluss nicht.

4. ÄNDERUNG DER ZUORDNUNGSREGELN GEGENÜBER DEM VORJAHR

Es gab im Berichtsjahr keine Änderungen von Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**AN DIE NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN****VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS****PRÜFUNGSURTEILE**

Wir haben den Jahresabschluss der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Gasverteilung“, „Energiespezifische Dienstleistungen - Gasverteilung“ und „Energiespezifische Dienstleistungen - Elektrizitätsverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DIE EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG. Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Berlin, den 15. Februar 2024

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stefanie Bartel
Wirtschaftsprüferin

ppa. Jörg Beckert
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe

EUREF-Campus 1-2
10829 Berlin

Telefon 030 81876-0
Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

HINWEIS ZUR SCHREIBWEISE MÄNNLICH / WEIBLICH

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der männlichen und weiblichen Bezeichnungen verzichtet wurde.

HINWEIS

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben etc.) auftreten.

LAYOUT UND SATZ

EKS – DIE AGENTUR
Energie Kommunikation Services GmbH, Bonn
www.eks-agentur.de

**NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg
mbH & Co. KG**

EUREF-Campus 1-2 · 10829 Berlin
Telefon 030 81876-0 · Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe



Zertifiziert nach
DIN EN ISO 9001:2015



Zertifiziert nach
DIN EN ISO 14001:2015



Intertek

